

SEITE 2 // THEMA DER WOCHE

Auf dem Prüfstand Die Arzneimittel-Versorgung von älteren Menschen ist nicht optimal. Zur Verbesserung beitragen soll die Priscus-Liste – sie benennt Medikamente, die nicht verschrieben werden sollten. Ist das praktikabel?



SEITE 6 // HEIME

Unter Verdacht Eine Reihe von Pflegeheimen wurde durchsucht, weil sie sogenannte Scheinselbstständige beschäftigt haben sollen. Was steckt dahinter und was haben betroffene Einrichtungen zu befürchten?

SEITE 10 // AMBULANTE DIENSTE

Im Nachteil Nach dem Streit um die niedersächsische Förderungspraxis der Wohlfahrtsverbände kritisiert der VDAB nun die Förderung der ambulanten Pflege in Niedersachsen.

**Studie Optimierungsbedarf
Pflegestützpunkte
besser organisieren**

Berlin // Die Pflegestützpunkte in Deutschland sind sehr unterschiedlich organisiert und ausgestattet. Das hat eine aktuelle Studie des Instituts für Sozialforschung und Sozialwirtschaft (iso) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung gezeigt.

Die Ergebnisse der Studie sollen eine aktuelle Bestandsaufnahme zum Stand der Umsetzung, zu Erfolgen sowie zu Handlungsbedarfen der Beratungspraxis in den Pflegestützpunkten ermöglichen. So zeigte sich unter anderem, dass trotz der bundesgesetzlichen Vorgaben mit Blick auf die konkrete Ausgestaltung der Pflegestützpunkte eine große Umsetzungsvielfalt herrscht. Dies schlägt sich in einer regional höchst unterschiedlichen Versorgungsdichte, in Varianzen bei der finanziellen, personellen und sächlichen Ressourcenausstattung sowie in Differenzen beim Aufgaben- und Zuständigkeitsverständnis der Pflegestützpunkte nieder.

Insgesamt zeigt die Studie den hohen Nutzen der Pflegestützpunkte auf, macht jedoch auch viele Optimierungsmöglichkeiten deutlich. Für die Studie wurden Mitarbeiter aus 151 der 400 Pflegestützpunkte befragt. (ck)

**WIE KUNST AUF
MENSCHEN MIT
DEMENZ WIRKT**

Wie kann Menschen mit Demenz ein Zugang zu Kunst ermöglicht werden und kulturelle Teilhabe gelingen? Antworten auf diese Fragen haben Wissenschaftler der Medical School Hamburg in Kooperation mit dem Lehmbrock Museum Duisburg und Demenz Support Stuttgart gesucht. Mehr als drei Jahre untersuchten sie in einem Forschungsprojekt die Kunstvermittlung im Museum für Menschen mit Demenz. Die Ergebnisse sind jetzt im Buch „Kunstvermittlung für Menschen mit Demenz“ erschienen. Das in dem Projekt entwickelte Modell zur gesellschaftlichen Teilhabe lasse sich modifiziert auch auf Theater oder Konzerte übertragen, so die Autoren. (ck)

Foto: iso/MSH Medical School Hamburg/Lehmbrock Museum



Neues Gesetz: Neue Medikamente gegen Demenz an Betroffenen testen

Arznei-Tests in der Kritik

Das Bundesgesundheitsministerium will Tests an Menschen mit Demenz zulassen, um neue Medikamente gegen die Krankheit zu erproben. Das rief heftige Kritik hervor – aber auch Zustimmung.

**ZITAT
DER WOCHE**



// So lange es deutlich schwieriger ist, am Leopoldplatz eine Frittenbude zu eröffnen als einen Pflegedienst, bleibt es beim Hase- und Igel-Rennen zwischen betrügerischen Pflegediensten und der Verwaltung. //

Stephan von Dassel (Grüne), Sozialstadtrat von Berlin-Mitte. Mehr auf Seite 11 in dieser Ausgabe.

Berlin // An Demenzzkranken und geistig Behinderten sollen künftig auch Medikamente getestet werden, von denen die Probanden keinen Nutzen haben. Das berichtet zuerst „Der Tagesspiegel“ am Freitag vergangener Woche. Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) hat die geplante Ausweitung von Medikamentenversuchen an nicht einwilligungsfähigen Patienten verteidigt.

Den Plänen zufolge sollen künftig auch Versuche an Patienten mit schwerer Demenz möglich sein. Dazu müssen sie vorher bei noch klarem Bewusstsein eine entsprechende Bereitschaft in einer Patientenverfügung unterzeichnet haben. Tritt dann der Fall ein, soll ein Betreuer über die Teilnahme entscheiden. Im „Vierten Gesetz zur Än-

derung arzneimitteltrechtlicher und anderer Vorschriften“, das im Juni vom Bundestag beschlossen werden soll und nach den Vorstellungen der Politik bereits im August in Kraft treten könnte, geht es in einem Punkt um Arzneitests an nicht einwilligungsfähigen Erwachsenen. Erlaubt sind derartige Studien bisher nur, wenn für die Betroffenen davon ein persönlicher Nutzen erwartbar ist. Auf Drängen des Bundesministeriums für Forschung soll diese Regelung jetzt allerdings auch auf „gruppennützige“ Studien ausgeweitet werden, von denen die Probanden selber gar nicht profitieren.

Gröhe betonte in einer Stellungnahme, dass Studien an Demenzzkranken nur mit der ausdrücklichen Einwilligung der Patienten möglich werden sollen. Im Fokus stünden

Tests „mit einem minimalen Risiko und einer minimalen Belastung für den Prüfungsteilnehmer“. Derartige Untersuchungen können laut Gröhe zudem nur vorgenommen werden, wenn der Patient dies vor seiner Erkrankung „in Vollbesitz seiner geistigen Kräfte“ in einer Patientenverfügung erlaubt habe. Der Proband müsse ausdrücklich erklärt haben, dass er „an gruppennützigen Studien teilnehmen möchte“.

Kritik: Zum Objekt herabgestuft

Die Evangelische Kirche Deutschlands und die katholischen Bischöfe reagierten auf die Pläne mit Empörung. In einer gemeinsamen Stellungnahme gaben beide Kirchen „erhebliche Bedenken“ zu Protokoll. Durch die geplanten Änderungen

werde eine „besonders schutzwürdige Personengruppe (...) schwerwiegenden Gefahren und Missbrauchsrisiken ausgesetzt“. Es drohe die Gefahr, dass diese Menschen „zum Nutzen anderer instrumentalisiert“ und „zum bloßen Objekt herabgestuft“ würden.

In der Bundespolitik gab es für die Pläne neben Ablehnung auch Zustimmung. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach und CDU-Forschungspolitiker Stephan Albiani befürworteten das Vorhaben. „Ohne Forschung an Demenzzkranken gäbe es auch keine Behandlungsmöglichkeit“, wird Lauterbach in der „Freien Presse“ zitiert. Albiani sprach von einer „Verantwortung vor den kommenden Generationen“. Er sehe „kein großes Missbrauchsrisiko“. (ck)



SENSO[®] SOFTWARE

Komplettlösung für Soziale Dienstleister

develop group
SENSO[®]
Sigma GmbH
Am Weichselgarten 4
D-91058 Erlangen
www.develop-group.de
t +49 (0) 9131777 - 30
e senso@develop-group.de

MARKT

Chancen & Risiken, Tipps & Trends beim Um- und Neubau

Zukunftsweisende Angebote im Quartier

Die unterschiedlichen Landesgesetze machen bauliche Planungen nicht gerade einfacher. Doch ob Umbau oder Neubau: Langfristig tragfähige Konzepte orientieren sich immer am Bedarf, weiß Diplom-Ingenieur Ralf Weinholt.

VON ULRICE KOSSISSA

Kevelaer // 16 Bundesländer, 16 Landesgesetze – eine Vielzahl an Entwicklungen stellt Investoren und Betreiber von Pflegeheimen vor planerische Herausforderungen.

Welche Kern-Aspekte gehören in ein zukunftsfähiges Immobilienkonzept?
Ralf Weinholt: Die Rahmenbedingungen wie Gesetze, Standort etc. und die Ziele bzw. Potenziale. Eine Basis bei allen Überlegungen ist die Immobilie; sie hat sich den veränderten Vorgaben anzupassen. Angenommen, eine Pflegeeinrichtung muss aufgrund landesrechtlicher

personell abdecken? Hier ist zunächst eine fundierte Bedarfs- und Wettbewerbsanalyse erforderlich.

Wenn ich weiß, wohin meine Reise gehen soll, wie sehen die nächsten Schritte aus?

Dann geht es darum, die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Immobilie zu analysieren. Welche Wände sind tragend, kann ich aufstocken, aus- oder anbauen? Lassen sich z.B. größere Gemeinschaftsräume für Wohngruppen realisieren? Welchen Gebäudeteil kann ich wie nutzen? Was sagt die Stadt dazu? Stimmen die planungsrechtlichen Voraussetzungen? Lohnt es sich überhaupt, die Immobilie an diesem Standort umzubauen? Oder ist ein Neubau die sinnvollere Lösung? Und was wird in der Übergangszeit aus meinen Bewohnern und Mitarbeitern?

Beispiel DRK-Kreisverband Oberhausen: Zwei beliebte Pflegeheime entsprachen nicht den neuen landesrechtlichen Vorgaben. Hier standen der Erhalt der stationären Pflegeplätze und die weitere Beschäftigung aller Mitarbeiter im Vordergrund. Wie wurde diese Herausforderung angenommen?

Durch den Umbau einer der beiden Einrichtungen und einen Ersatzneubau. Zudem wurde der Bedarf an diesem Standort analysiert, mit dem Ergebnis, dass es künftig im Erdgeschoss des Neubaus eine Tagespflege geben wird. Eine umsichtige Personalpolitik des Einrichtungleiters macht diese Angebots-erweiterung möglich. Denn ganz wesentlich ist es, gute Kräfte während einer Umbaumaßnahme nicht zu verlieren.

Die Politik fördert und unterstützt das Generationen übergreifende Wohnen und die ambulante Betreuung. Wie können Betreiber von Pflegeheimen darauf reagieren?



Eine stationäre Pflegeeinrichtung gehört zu den Grundpfeilern der Versorgung. Laut Weinholt ist es besonders wichtig, offen zu sein für Neues und sensibel für das, was die Menschen heute und morgen benötigen. Foto: Torben Höke



Foto: privat

// Mit den Menschen steht und fällt die gesamte Planung. //

RALF WEINHOLT, GESCHÄFTSFÜHRER DER SOLEO* GMBH, KEVELAER

Forderungen oder technischer Notwendigkeiten umgebaut werden. Lange bevor ich einen Architekten kontaktiere, sollte ich folgende Fragen klären: Will ich die Anzahl der vollstationären Pflegeplätze erhalten oder reduzieren? Macht es Sinn, mein Haus für andere Formen der Pflege zu öffnen? Und wie könnte ich mögliche neue Angebote überhaupt

Sieht die Nachfrage für das bestehende Konzept der stationären Pflege grundsätzlich positiv aus, so kann eine Spezialisierung das Angebot erweitern. Hier bieten sich zum Beispiel eine Abteilung für Wachkoma-Patienten oder die Tages- bzw. Kurzzeitpflege an. Alternativen zur Nutzung der Immobilie und des Mitarbeiterpotenzials könnten auch im Verbund mit anderen Anbietern im Quartier entwickelt werden. Ich denke hier an Optionen wie einen behüteten Bereich für Menschen mit Demenz, die Nutzung einer ganzen Etage für eine ambulant betreute Wohngemeinschaft, „Wohnen mit Service“ etc. Auch ein Jugend- oder Seniorentreff, die Vermietung eines Gebäudeteils für soziale Einrichtungen und Vereine oder die Aufnahme von Partnern aus dem Bereich Dienstleistung und Handel wie zum Beispiel Physiotherapie oder Sanitätsfachhandel sind möglich. Auch hier dient eine Standortanalyse als Grundlage zur Planung.

Neue Nutzungskonzepte, die zunächst einmal genehmigt werden dürfen.

Genau, das Konzept muss den Behörden frühzeitig vorgestellt werden. Hier sind Abstimmungsgespräche mit der Heimaufsicht genauso erforderlich wie mit dem Planungsamt. Bevor der Umbau einer Immobilie beginnt, müssen bestimmte Aspekte unbedingt beachtet werden. Dazu zählt der Brandschutz genauso wie die Schadstoffuntersuchung. Eine zu behebende Schadstoffbelastung kann schnell Mehrkosten in Höhe von bis zu einer Million Euro verursachen. Daher gehören diese Überprüfungen unbedingt in die Planungsphase.

Stehen die Planungen, rechne ich das Ganze. Dazu gehören bauliche Aspekte, die technische Ausstattung, der Bauablauf während der Bauzeit, die Refinanzierung der Investitionskosten, aber auch Fragen, die die Menschen direkt betreffen: Was geschieht in der Bauphase mit meinen Bewohnern und den Mitarbeitern?

Es ist heutzutage einfacher, eine Einrichtung dem Bedarf anzupassen, als Ersatz für seinen guten Mitarbeiterstamm zu finden, wenn sich dieser sich einmal weg und neu ori-

entiert hat. Mit den Menschen steht und fällt die gesamte Planung.

Um- und Ausbau bergen viele Chancen und Risiken – ein sehr komplexes Thema. Wie und wo fange ich als Träger mit meiner Projektentwicklung an?

Indem ich mir zunächst über grundsätzliche Fragestellungen klar werde: Wie kann mein Pflege- bzw. Immobilienkonzept aussehen? Wie wollen die Menschen leben? Wie ist mit den finanziellen Mitteln ein Bestand dauerhaft möglich (Kostenkontrolle)? Wie kann ich attraktive Anreize für die Bewohner und Mitarbeiter in meinem Umfeld schaffen?

Eine stationäre Pflegeeinrichtung gehört zu den Grundpfeilern der Versorgung. Wichtig ist es, offen zu sein für Neues und sensibel für das, was die Menschen heute und morgen benötigen.

Kontakt:
ralf.weinholt@soleo-gmbh.de;
www.soleo-gmbh.de.

Info: Die Autorin ist Pressereferentin der soleo* GmbH in Neuss.

Wandel auf dem Pflegemarkt

Einsatzbereiche im Heim ändern sich

Hanau // Wer mit Produkten für den Pflegemarkt Geld verdient, darf dank der demographischen Entwicklung auch künftig mit guten Absatzchancen rechnen. Aber: Die Anforderungen der Heimbetreiber werden vielfältiger. Das meldet das Portal „marktdialog.com“.

Ein Neubau hat heute durchschnittlich 60 Plätze

Die Heime werden kleiner, durchschnittlich habe ein Neubau heute 60 Plätze. Zusätzliche bauliche Anforderungen im Hinblick auf die Barrierefreiheit oder auch den Einzelzimmeranteil stellen die Träger vor neue Herausforderungen.

Der höhere Kostendruck müsse deshalb abgedeckt werden, so die

Meldung. Hinzu kämen neue konzeptionelle Anforderungen: Pflegebedürftige sollen in den Alltag einbezogen werden. Umgesetzt wird das mit dem Wohngruppenprinzip, bei dem jeweils etwa zehn Personen eine Gemeinschaft innerhalb des Pflegeheimes bilden und ihren Tagesablauf – mit Unterstützung des Heimpersonals – gemeinsam gestalten. Ähnlich einer Großfamilie verrichtet jedes Gemeinschaftsmitglied die Dinge, die er noch tun kann und will, wie zum Beispiel kochen oder bügeln, selbst.

Traditionelle Arbeitsbereiche im Heim fallen weg

Die Konsequenz: Traditionelle Arbeitsbereiche, etwa in der Hauswirt-

schaft, fallen künftig deutlich kleiner aus oder werden vollkommen entbehrlich. Wo selbst gekocht wird, braucht es weniger Großküche, dafür mehr Wohnküche. Ähnliches gelte für die Wäschereinigung: Aufwendige Textilreinigungsanlagen in Heimen würden überflüssig, großvolumige Waschmaschinen sind für die Bewohnerwäsche vollkommen ausreichend. Die Flachwäsche übernimmt ein Dienstleister.

Vergleichbares gelte auch außerhalb der stationären Pflege, so „marktdialog“. Mit dem inzwischen in Gesetzestext gegossenen Grundsatz „ambulant vor stationär“ eröffneten sich für Lieferanten auch hier neue Märkte, wenn sie sich denn den neuen Anforderungen stellen. (ck)

Neue Partnerschaft zwischen azh und ABVP

Abrechnungshilfe für Pflegedienste

Aschheim // Der Arbeitgeber- und Berufsverband Privater Pflege e. V. (ABVP) hat mit der azh GmbH einen Partner zur Unterstützung von Pflegeeinrichtungen gewonnen. Im Rahmen der neuen Zusammenarbeit wird die azh GmbH Pflegeeinrichtungen als verlässlicher Partner ganz konkret zu Abrechnungsfragen gegenüber Kranken- und Pflegekassen zur Seite stehen.

Die azh stellt Abrechnungsexperten als persönliche Ansprechpartner für das operative Geschäft zur Verfügung und unterstützt den Verband bei gemeinsamen Veranstaltungen. Die Kooperation ebnet für Pflegeeinrichtungen einen sicheren und erfolgreichen Weg in die digitale Zukunft der Unternehmensführung. Mit der Pflege-

software des azh Partners BoS&S werden den Leistungserbringern, zusätzlich zu allen Leistungen rund um die Abrechnung, auch die notwendigen technischen Lösungen angeboten.

„Wir freuen uns sehr über diese Kooperation und darauf, mit handfesten Ratschlägen und Informationen weiterhelfen zu können“, so Ralf Kulitzscher, Leiter Markt Pflege Nord/Ost der azh GmbH. Den Rahmen der Eröffnungsfier der neuen Verbands-Geschäftsräume in Hannover nutzten Dr. Christian Schieder, Geschäftsführer ABVP e. V., und Ralf Kulitzscher für einen symbolischen Handschlag zur Besiegelung der Kooperation.

www.azh.de